

Anträge für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 01. Juli 2024

Lfd. Nr.	Gegenstand	Eingangs- datum	zust. Aus- schuss	Zustän- dige/s Amt /Ämter
Anträge				
174	Antrag der AfD/B-C-Fraktion: Abfallbehälter am Aueweier	2024-05-21	ABK	69
175	Antrag der AfD/B-C-Fraktion: Zustand des Fuldaer Bahnhofs	2024-05-21	DWA	61
178	Antrag der CDU-Fraktion: Sachstandsbericht zur Umsetzung der Kommunikation der Verwaltung in einfacher Sprache	2024-06-18	HFA	Pressestelle
179	Antrag der CDU-Fraktion: Fortschreibung der Kindertagesstätten- und Kindertagespflege - Bedarfsplanung	2024-06-18	SFA	51
180	Antrag der SPD/Volt-Fraktion: Räumlichkeiten für Vereine, Verbände und Organisationen im Kerber-Areal vorsehen	2024-06-18	HFA	ZC / 51
181	Antrag der Vertreterin DIE LINKE: Anschluss der Stadt an die Ernteaktion „Gelbes Band“	2024-06-18	ABK	UNB / Umweltzentrum
182	Antrag der AfD/B-C-Fraktion: Entschlossenes Handeln gegen religiösen Extremismus	2024-06-18	HFA	30 / 35
183	Antrag der AfD/B-C-Fraktion: Sonderausstellung zum 100. Jahrestag zu Ehren von Franz Kafka – Beschwerde über Behandlung des Antrages	2024-06-18	SKA	41
184	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Erweiterung abschließbarer Fahrradstellplätze in Bahnhofsnähe	2024-06-18	DWA	66
185	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Bauliche Umgestaltung der Friedrichstraße	2024-06-18	ABK	61
186	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Autonomer Shuttle-Betrieb zum Hestentag	2024-06-18	DWA	61 / Hestentagsbüro
187	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Einrichtung von Ortsbeiräten für den Aschenberg und die Fulda-Galerie	2024-06-18	HFA	10
188	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Überarbeitung „Fulda Informiert – der Jüdische Friedhof“	2024-06-18	HFA	Pressestelle
189	Antrag der FDP-Fraktion: Überprüfung von KI-Assistenz-Systemen in Verwaltungsprozessen	2024-06-18	DWA	103

190	Antrag der FDP-Fraktion: Netz der Straßenbeleuchtung für die Nutzung weiterer Anwendungsfälle – hinsichtlich des Förderprogramms „Hessen-Energie“	2024-06-18	DWA	66
176	Antrag des Ausländerbeirates: Erneuter Antrag auf Rederecht in der Stadtverordnetenversammlung	2024-05-28	HFA	10
177	Antrag des Ausländerbeirates: Benennung einer neugebauten Straße nach einem Anschlagsoffer von Hanau	2024-05-24	wurde gemäß § 50 Abs. 1 HGO an den Magistrat überwiesen	

Antrag der AfD/Bündnis-C Fraktion



124

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 21. Mai 2024

[Handwritten signature]

AfD/Bündnis-C Fulda – Stadtfraktion - Postfach 1216 - 36002 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

„AfD/Bündnis-C“ Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

17.05.2024

Abfallbehälter am Aueweiher

Im Zuge der Landesgartenschau wurde der Aueweiher umgestaltet; zwei einzelne See wurden zusammengeführt, Wege wurden zum Teil umgestaltet.

Hinsichtlich Abfallbehälter sind allerdings lediglich sechs Behälter installiert wurden. Davon befinden sich vier Stück im Umfeld von circa 100m von der Johannisstrasse kommend, sowie jeweils einer an den gemauerten Clubgebäuden. An anderen Stellen des Rundweges sowie im Bereich der Liegewiese sind keine Abfallbehälter zu finden.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat wird beauftragt, weitere Abfallbehälter entlang der Rundwege aufstellen zu lassen.

Begründung:

Der Aueweiher in Fulda ist ein beliebtes Naherholungsgebiet, das sowohl von Einheimischen als auch von Touristen gerne besucht wird. Insbesondere nach der Umgestaltung im Zuge der Landesgartenschau hat sich die Attraktivität des Gebiets weiter erhöht. Der Zusammenfluss der beiden Seen und die Neugestaltung der Wege haben die Erholungsqualität erheblich gesteigert. Dennoch gibt es hinsichtlich der Infrastruktur Verbesserungsbedarf, insbesondere was die Anzahl und Verteilung der Abfallbehälter betrifft.

Die derzeit installierten sechs Abfallbehälter sind unzureichend und ungünstig verteilt. Vier der Behälter befinden sich in einem Radius von circa 100 Metern von der Johannisstraße kommend, während jeweils ein weiterer an den gemauerten Clubgebäuden zu finden ist. Diese Konzentration der Abfallbehälter in einem kleinen Bereich führt dazu, dass in anderen Teilen des Rundweges und insbesondere im Bereich der Liegewiese keine Abfallbehälter vorhanden sind.

Dies hat zur Folge, dass Besucher, die sich in diesen weniger versorgten Bereichen aufhalten, keine Möglichkeit haben, ihren Müll ordnungsgemäß zu entsorgen. Das führt dazu, dass Müll

unsachgemäß entsorgt wird, was nicht nur das Landschaftsbild beeinträchtigt, sondern auch negative Auswirkungen auf die Umwelt haben kann. Darüber hinaus kann herumliegender Müll Tiere anziehen und damit sowohl für die Tierwelt als auch für die Besucher des Gebiets zu einem Problem werden.

Um diesen Missständen entgegenzuwirken und die Sauberkeit sowie die Attraktivität des Aue Weihers zu erhalten, ist es notwendig, zusätzliche Abfallbehälter entlang der Rundwege und im Bereich der Liegewiese aufzustellen. Eine bessere Verteilung der Abfallbehälter würde es den Besuchern erleichtern, ihren Müll ordnungsgemäß zu entsorgen, und somit einen wichtigen Beitrag zur Sauberkeit und zum Umweltschutz zu leisten.

Durch die Installation weiterer Abfallbehälter wird nicht nur die Aufenthaltsqualität für die Besucher erhöht, sondern auch das Engagement der Stadt Fulda für Umweltschutz unterstrichen. Es ist eine verhältnismäßig kleine Investition, die jedoch eine große Wirkung auf die Erhaltung der Schönheit und Sauberkeit des Aue Weihers und seines Umfeldes hat.

Daher ist es im Interesse der Stadt und ihrer Bürger, dem Antrag zuzustimmen und den Magistrat zu beauftragen, zusätzliche Abfallbehälter entlang der Rundwege und im Bereich der Liegewiese des Aue Weihers aufstellen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen


Pierre Lamely
- Fraktionsvorsitzender -


Artur Gilbert
- Stadtverordneter -

Antrag der AfD/Bündnis-C Fraktion



175

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 21. Mai 2024
[Handwritten signature]

AfD/Bündnis-C Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

„AfD/Bündnis-C“ Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

17.05.2024

Zustand des Fuldaer Bahnhofs

Vorbemerkungen:

Unsere Fraktion hatte sich bereits am 25.03.2023 beim Magistrat gemeldet. Hintergrund waren Beschwerden von Pendlern und Touristen, die Fulda mit der Bahn erreichen hinsichtlich des teilweise maroden Zustandes des Bahnhofs. So waren die Dächer an den Bahngleisen undicht, insbesondere an Gleis 3.



Auch nach einem Jahr ist die Situation unverändert, wie oben dargestellte Lichtbildaufnahmen zeigen, die in einer weiteren kleinen Anfrage am 21.04.2024 thematisiert wurden.

Der Magistrat hat in Beantwortung unserer kleinen Anfrage bestätigt, dass die Schäden an den Dächern am Fuldaer Bahnhof bekannt sind und dass die Deutsche Bahn bereits über das Problem informiert wurde. Konkrete Maßnahmen zur Beseitigung der Schäden sowie ein detaillierter Zeitplan wurden jedoch noch nicht von der Deutschen Bahn vorgelegt.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

- 1. Der Magistrat wird beauftragt, einen Brief an die Deutsche Bahn zu schreiben, in dem der Unmut der Bürger über die bestehenden Schäden an den Dächern am Fuldaer Bahnhof zum Ausdruck gebracht wird.**
- 2. Es soll zudem ein verbindlicher Zeitplan für die Beseitigung der Schäden eingefordert werden.**
- 3. In dem Brief soll die Deutsche Bahn gebeten werden, klarzustellen, wer die Verantwortung trägt, falls bei Temperaturen unter dem Gefrierpunkt (Rutschgefahr) jemand durch die Mängel zu Schaden kommt. Dies schließt die Möglichkeit ein, dass Personen durch ausgetretenes Wasser auf den Bahnsteigen ausrutschen und ins Gleisbett fallen, wodurch auch der Bahnverkehr beeinträchtigt würde.**

Begründung:


Die Schäden an den Dächern am Fuldaer Bahnhof sind nicht nur ein sicherheitstechnisches Problem, sondern beeinträchtigen auch das Erscheinungsbild unserer Stadt. Für Touristen und Besucher, die mit der Bahn nach Fulda reisen, ist der Bahnhof der erste Eindruck, den sie von unserer Stadt erhalten. Dieser erste Eindruck sollte positiv und einladend sein und nicht durch bauliche Mängel und Schäden negativ beeinflusst werden.

Ein intakter und gut gepflegter Bahnhof ist daher von großer Bedeutung sowohl für die Sicherheit der Fahrgäste als auch für das Image der Stadt Fulda. Besonders besorgniserregend ist, dass bei Temperaturen unter dem Gefrierpunkt Wasser durch die undichten Dächer auf die Bahnsteige gelangen kann, was eine erhebliche Rutschgefahr darstellt. Dies könnte nicht nur zu Verletzungen der Fahrgäste führen, sondern auch dazu, dass Personen ins Gleisbett rutschen und durch den Bahnverkehr gefährdet werden.

Es ist im Interesse der Stadt und ihrer Bürger, dass die Deutsche Bahn schnellstmöglich Maßnahmen zur Behebung der Schäden ergreift und einen klaren Zeitplan für die Durchführung der notwendigen Reparaturen vorlegt. Zudem ist es wichtig, dass die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten klar definiert sind, falls es zu einem Unfall kommen sollte.

Mit freundlichen Grüßen


Pierre Larnely
- Fraktionsvorsitzender -


Artur Gilbert
- Stadtverordneter -

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 18 Juni 2024

J. K.



CDU Stadtverordnetenfraktion Fulda

Christlich Demokratische Union
Stadtverordnetenfraktion Fulda
Schlossstr.1 36037 Fulda
Tel.: 0160 6110443
E-Mail: mail@cdufraktion-fulda.de

Bankverbindung:
Sparkasse Fulda
IBAN DE87530501800040027438
BIC HELADEF1FDS

178

An Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss

36037 Fulda

Fulda, 17.06.2024

Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion
betreffend **Sachstandsbericht zur Umsetzung der Kommunikation der Verwaltung in einfacher Sprache**

ANTRAG

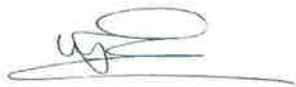
Zunehmend wird es für Bürgerinnen und Bürger schwerer, behördliche Anweisungen, Bescheide, Merkblätter und Formulare zu verstehen. Insbesondere für Menschen mit einer geistigen Behinderung oder kognitiven Einschränkungen wurde eine sehr stark vereinfachte Sprachvariante, die einfache Sprache, entwickelt. Diese grenzt sich von leichter Sprache noch einmal insofern ab, als dass letztere „nicht so leicht und vereinfacht“ ist. (Hansen-Schirra/Gutermuth, Modellierung und Messung Einfacher und Leichter Sprache, 2018, 15)

Einfache Sprache wird häufig definiert als „Texte in einfacher Alltagssprache, ohne Fachausdrücke und komplizierte Formulierungen, die Menschen mit Leseschwierigkeiten das Lesen und Leben erleichtern sollen“. (Gross, Regeln und Standards für leicht verständliche Sprache)

Gem. § 10 Gesetz zur Gleichstellung der Menschen mit Behinderung (BGG) haben die Träger öffentlicher Gewalt bei der Gestaltung von Bescheiden, Allgemeinverfügungen, öffentlich-rechtlichen Verträgen und Vordrucken eine Behinderung von Menschen zu berücksichtigen und gem. § 11 BGG sollen die Träger der öffentlichen Gewalt mit Menschen mit geistigen Behinderungen und Menschen mit seelischen Behinderungen in einfacher und verständlicher Sprache kommunizieren.

Für den Bereich der Jobcenter gab es hierzu ein Projekt von Studierenden der Hochschule Fulda (veröffentlicht in info also 2024, 55).

Die CDU-Stadtverordnetenfraktion stellt daher den Antrag, einen Bericht über die Umsetzung der Vorgaben zur Kommunikation in einfacher und verständlicher Sprache aus der UN-BRK und der §§ 10, 11 BGG zu geben.



Patricia Fehrmann
Fraktionsvorsitzende



i.A. Steffen Werner
Fraktionsassistent

179

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 18. Juni 2024

P. Ka.



CDU Stadtverordnetenfraktion Fulda

Christlich Demokratische Union Bankverbindung:
Stadtverordnetenfraktion Fulda Sparkasse Fulda
Schlossstr.1 36037 Fulda IBAN DE87530501800040027438
BIC HELADEF1FDS
Tel.: 0160 6110443
E-Mail: mail@cdufraktion-fulda.de

An Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss

36037 Fulda

Fulda, 17.06.2024

Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion
betreffend **Fortschreibung der Kindertagesstätten- und Kindertagespflege-Bedarfsplanung**

ANTRAG

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die CDU-Fraktion beantragt eine Fortschreibung der Kindertagesstätten- und Kindertagespflege-Bedarfsplanung.

Begründung:

Die letzte Fortschreibung der Planung liegt schon längere Zeit zurück (Stand 30.09.2020). Inzwischen gab es eine Vielzahl an Einflussfaktoren auf den Bedarf an zukünftigen Plätzen in Kitas und Kindertagespflege. Dies sind zum Beispiel ein allgemeiner Zuzug nach Fulda, Geflüchtete, aber auch ein allgemeiner Rückgang an Geburten.

Patricia Fehrmann
Fraktionsvorsitzende

i.A. Steffen Werner
Fraktionsassistent

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 18. Juni 2024
C. Ha.

SPD/Volt – Stadtverordnetenfraktion Fulda · Schlosstrasse 5 · 36037 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36010 F U L D A

Schlosstr. 5
36037 Fulda
Tel.: 0661/73600
Fax: 0661/9016314
Mail: spd-fraktion.fulda@t-online.de
17.06.2024

ANTRAG

Die SPD/Volt-Fraktion beantragt,

bei der Neukonzeption des ehemaligen Kerber-Areals Räumlichkeiten für Vereine, Verbände, Organisationen und bürgerschaftliches Engagement aus dem Innenstadtbereich vorzusehen.

Begründung:

Es wird immer schwieriger im Innenstadtbereich kostengünstige Räumlichkeiten zu finden, in den Vereinsaktivitäten stattfinden können. Sei es Versammlungen, Ausstellungen oder Veranstaltungen, die Möglichkeiten dazu sind begrenzt und in der Regel kostenpflichtig. Besonders das ehemalige Kaufhaus bietet optimale Möglichkeiten, entsprechende Räumlichkeiten anzubieten.

Jonathan Wulff
Jonathan Wulff
Fraktionsvorsitzender

Berichterstatter:
H.-J. Tritschler



181

**DIE LINKE in der
Stadtverordnetenversammlung Fulda**

c/o Dr. B. Licht, Buseckstraße 16, 36043 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Margarete Hartmann

Stadtschloss

36037 Fulda

Fulda, 13.06.2024

ANTRAG

Anschluss der Stadt Fulda an die Ernteaktion „Gelbes Band“ des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Vertreterin der Partei DIE LINKE beantragt, dass sich die Stadt Fulda der Ernteaktion „Gelbes Band“ anschließt und Obstbaum- und Strauchbesitzerinnen und –besitzer im Stadtgebiet dazu aufruft, sich zu beteiligen. Die Stadt Fulda stellt für Interessierte „gelbe Bänder“ und Infomaterialien des BMEL zur Verfügung.

Begründung:

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) führt seit einigen Jahren die Ernteaktion „Gelbes Band“ durch: Wer Obstbäume und Sträucher besitzt, aber die Früchte nicht abernten kann, markiert die Bäume mit einem gelben Band. Vorbeikommende können dann für den Eigenbedarf Obst pflücken. Die Aktion wirkt dem Wegwerfen und dem Verderb von Lebensmitteln entgegen und sorgt dafür, dass mehr gutes Obst verwendet wird. Jeder Landkreis und jede Kommune kann sich anschließen. Die Gemeinde Petersberg und der Vogelsbergkreis nehmen bereits teil.

Weitere Informationen:

<https://www.bmel.de/DE/themen/ernaehrung/lebensmittelverschwendung/ernteaktion-gelbes-band.html>

Bettina Licht

Dr. Bettina Licht

(Stadtverordnete)

Antrag der AfD/Bündnis-C Fraktion



Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 17. Juni 2024

L. Ke.

182

AfD/Bündnis-C Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

„AfD/Bündnis-C“ Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

17.06.2024

Entschlossenes Handeln gegen religiösen Extremismus: Unsere Werte und unsere Sicherheit in Fulda stärken

Vorbemerkungen:

Die Stadt Fulda betreibt mit dem Landkreis zusammen das Portal www.integration-fulda.de. Darüber hinaus ist die Stadt für die Ausstattung der Einsatzkräfte der Stadtpolizei zuständig.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

Der Magistrat wird beauftragt,

1. die notwendigen Maßnahmen in Zusammenarbeit mit dem Landkreis einzuleiten, um sicherzustellen, dass Asylbewerber schon bei ihrer Antragsstellung im Landkreis darauf hingewiesen werden, dass für religiösen Extremismus in unserer Gesellschaft kein Platz ist. Ein Angriff auf Einsatzkräfte stellt einen Angriff auf den Staat dar. Ebenso soll eine Ablehnung des politischen Islam vermittelt werden. Zur Umsetzung dieser Maßnahmen eignen sich eine Broschüre sowie das Portal „www.integration-Fulda.de“.
2. es findet ein Austausch mit Experten zur Verbesserung der Sicherheit der Ausrüstung der Stadtpolizei mit dem Schwerpunkt „Stichschutz“ statt.

Begründung:

Am 15.06.2024 fand in Fulda eine Mahnwache zur Ehrung eines in Mannheim getöteten Polizisten statt. Es ist wichtig, in solchen Situationen Solidarität und Anteilnahme zu zeigen. Mahnwachen und Betroffenheitsbekundungen dürfen jedoch nicht das Ende der

Handlungskette sein, sondern müssen der Anfang sein, um zukünftig solche Vorfälle zu vermeiden. Es bedarf entschlossenen politischen Handelns.

Der Vorfall hat deutschlandweit die Diskussion darüber ausgelöst, dass die ungebremste Migration seit 2015 nicht nur erhebliche finanzielle Belastungen erzeugt hat und durch die schiere Zahl der Asylbewerber das Verständnis in der Gesellschaft strapaziert, sondern dass im Zuge der Migrationsbewegung auch Fanatiker zu uns gekommen sind. Diese Fanatiker wollen sich nicht integrieren, sondern stellen sich gegen unsere Kultur und Lebensweise und wollen sie zerstören.

1. Durch gezielte Aufklärung bereits bei der Antragsstellung kann verdeutlicht werden, dass religiöser Extremismus in unserer Gesellschaft keinen Platz hat und dass ein Angriff auf Einsatzkräfte ein Angriff auf den Staat ist. Ebenso soll klar kommuniziert werden, dass der politische Islam abgelehnt wird.

Es ist wichtig zu betonen, dass ein entschlossenes Vorgehen gegen religiösen Extremismus auch das Ansehen gut integrierter Muslime schützt. Die Maßnahmen zielen darauf ab, die Sicherheit aller Bürger zu gewährleisten und ein friedliches Zusammenleben zu fördern.

Das Portal www.integration-Fulda.de bietet bereits viele Informationen zur Integration, jedoch fehlt eine klare Ansage zu religiösem Extremismus und politischem Islam. Diese Lücke soll durch entsprechende Ergänzungen und Broschüren geschlossen werden.

2. Die Ausrüstung der Stadtpolizei soll mit dem Schwerpunkt „Stichschutz“ verbessert werden. Zwar gibt es Stichschutzwesten und -schals, jedoch sind die Ausrüstungsgegenstände schwer und das Tragen vor allem im Sommer unbequem. Darüber hinaus leidet die Bürgernähe durch den optischen Eindruck von „schwergewapanzertem“ Sicherheitspersonal. Moderne Securitytechnologien bieten hierzu Alternativen, die optisch unauffällig sind und erhebliche Bewegungsfreiheit und Tragekomfort bieten.

Mit freundlichen Grüßen


Pierre Lamely
- Fraktionsvorsitzender -

Antrag der AfD/Bündnis-C Fraktion



Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 18. Juni 2024

K. Ke.

183

AfD/Bündnis-C Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

„AfD/Bündnis-C“ Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

17.06.2024

Sonderausstellung zum 100. Jahrestag zu Ehren von Franz Kafka **Beschwerde über Behandlung des Antrages**

Vorbemerkungen:

Unsere Fraktion hat den im Betreff genannten Antrag am 03.03.24 eingebracht. Als Antrag Nr. 162 wurde er in der SVV vom 18.03.24 an den Schul-, Kultur- und Sportausschuss. Seitdem ist nichts passiert, insbesondere wurde auch kein Sachstandsbericht im Ausschuss gegeben.

Unsere Fraktion erhebt daher Beschwerde wegen Verstoß gegen die Geschäftsordnung. Gleichzeitig verlangen wir, dass der Antrag nunmehr unverzüglich behandelt wird.

Begründung:

§16 II GO regelt die Verfahrensweise mit den durch die Fraktionen eingebrachten Anträgen:

„Zu den überwiesenen Anträgen bereitet der Magistrat Vorlagen vor, die dem zuständigen Ausschuss/den zuständigen Ausschüssen innerhalb von drei Monaten nach der Überweisung zuzuleiten sind. Anderenfalls ist nach Ablauf der Frist im zuständigen Ausschuss ein Sachstandsbericht zu geben.“

Damit hätte unser am 03.03.24 und am 18.03.2024 an den SKA überwiesene Antrag spätestens bis zum 18.06.24 behandelt werden muss. Die Frist verlängert sich nur, wenn fristgemäß ein Sachstandsbericht im Ausschuss gegeben wurde. Dies ist ausweislich der Niederschrift der Sitzung des SKA vom 11.06.24 nicht der Fall. Der Antrag ist daher unverzüglich zu behandeln. Dies macht auch vor dem zeitlichen Hintergrund Sinn, den der Antrag zum 100. Jahrestag zu Ehren von Franz Kafka adressiert. Mit fortschreitender Verzögerung sind auch Umsetzung und die im Antrag dargestellte Förderfähigkeit gefährdet.

Mit freundlichen Grüßen

Pierre Lamely
- Fraktionsvorsitzender -

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 18 Juni 2024
f. Re.

184



Stadtfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda | stadtfraktionfd@gruene-fulda.de | 0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1

Fulda, 14.06.2023

36037 Fulda

Antrag auf Erweiterung abschließbarer Fahrradstellplätze in Bahnhofsnähe

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt die Schaffung von weiteren überdachten und abschließbaren Fahrradstellplätzen in unmittelbarer Nähe zum Bahnhof. Die Anzahl der derzeit vorhandenen Stellplätze ist zu verdoppeln, um dem hohen vorhandenen Bedarf gerecht zu werden.

Begründung:

Das bestehende Angebot an abschließbaren und überdachten Fahrradstellplätzen in Nähe des Bahnhofs wird sehr gut genutzt und die Wartezeiten auf einen freien Platz sind derzeit dementsprechend lang.

Der hohe materielle Wert von (Leasing-)E-Bikes lässt die Nachfrage nach sicheren Stellplätzen steigen. Das übliche Anschließen am Fahrradständer wird teilweise von Versicherungen nicht akzeptiert oder entspricht nicht dem Sicherheitsgefühl der Eigentümer*innen.

In den Parkhäusern „Ruprechtstraße“ und „Richthalle“ sollen deshalb PKW-Stellplätze zu E-Fahradstellplätzen umgewandelt werden, falls keine anderen Flächen zur Verfügung stehen sollten. Stellplätze für Lastenräder sind ebenfalls vorzusehen.

Steffen Pichl
Antragsteller*in

i.V. Silvia Brünnel
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
der Stadtfraktion Fulda

185

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 18. Juni 2024
C. Re.



Stadtfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

| stadtfraktionfd@gruene-fulda.de

| 0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1

Fulda, 18.06.2024

36037 Fulda

Antrag auf Umgestaltung der Friedrichstraße

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, den Bereich der Friedrichstraße vom Bonifatiusplatz bis zum Platz am Hl. Kreuz neu zu beplanen und entsprechend umzubauen.

Begründung:

Die Friedrichstraße ist im Laufe des Jahres bereits über mehrere Wochen für PKWs gesperrt.

Zwei neue große Gastronomieunternehmen eröffnen nun in diesem Sommer in der Friedrichstraße zusätzlich ihren Betrieb und das mit entsprechender Außenbewirtschaftung (ehemalige Liegenschaft „Lieblings“ und ehemals „Drogeriemarkt Müller“).

Ein Großteil der Anlieger und Gewerbetreibenden spricht sich laut einer Umfrage inzwischen für die Umgestaltung der Friedrichstraße zur Fußgängerzone aus.

Eine grundlegende Neugestaltung der Straße unter Berücksichtigung der neuen Gegebenheiten ist daher dringend erforderlich. Dabei muss insbesondere die Situation für Fußgänger*innen und die Barrierefreiheit in den Blick genommen werden. Dabei ist die Entfernung der Poller und Parkplätze eine wichtige Maßnahme, um Aufenthalts- und Sozialraum zu gewinnen.

Ziel sollte sein, die Friedrichstraße zum Hessentag 2026 als Fußgängerzone einzuweihen.

Ernst Sporer
Antragsteller*in

i.V. Silvia Brünnel
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
der Stadtfraktion Fulda

186

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 18. Juni 2024
L. K.



Stadtfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda | stadtfraktionfd@gruene-fulda.de | 0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1

Fulda, 18.06.2024

36037 Fulda

Antrag Autonomer Shuttle-Betrieb zum Hessentag

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt die Einrichtung eines autonomen Shuttles zum Hessentag.

Begründung:

Bereits zur Landesgartenschau konnten gute Erfahrungen mit der Erweiterung des ÖPNV-Angebots gemacht werden. Shuttle-Busse haben die Innenstadt mit den fußläufig schwierig zu erreichenden Veranstaltungsorten verbunden.

Für den Hessentag soll ein Shuttle-Betrieb mit autonomen Fahrzeugen eingesetzt werden. Über 45 Städte zeigen die Machbarkeit autonomer Shuttle-Bus-Projekte.¹

Hierbei können wertvolle Erfahrungen hinsichtlich regulatorischer und technischer Rahmenbedingungen und notwendiger Anforderungen für den Einsatz in Fulda gewonnen werden.²

Die Resonanz, die ein solches Angebot durch die Besucher*innen des Hessentags erfahren würde, wäre zudem eine wertvolle Basis für zukünftige Planungen.

Durch den zeitlich begrenzten Umfang ist das wirtschaftliche Risiko darüber hinaus überschaubar. Wir befürworten, für den Hessentag in Fulda eine Kooperation mit lokalen Unternehmen anzustreben.

Steffen Pichl
Antragsteller*in

i.V. Silvia Brünnel
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
der Stadtfraktion Fulda

¹ <https://www.vdv.de/liste-autonome-shuttle-bus-projekte.aspx>

² Vergleichbar der Untersuchung „Autonom am Mainkai – Nutzerakzeptanz und betriebliche Herausforderungen autonomer Shuttles“ in Frankfurt am Main

187

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 18 Juni 2024
Ke.



Stadtfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda | stadtfraktionfd@gruene-fulda.de | 0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1

Fulda, 18.06.2024

36037 Fulda

Antrag Ortsbeiräte

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt die Einrichtung von Ortsbeiräten für den Aschenberg und die Fulda-Galerie nach der nächsten Kommunalwahl.

Begründung:

Nach der Gebietsreform 1972 wurden in 24 Ortsteilen Ortsbeiräte eingerichtet. Eine Erfolgsgeschichte für die BürgerInnen, die so ihre Anliegen unkompliziert ansprechen können. Die Arbeit der Ortsbeiräte ist ein wichtiger Baustein für die Identifikation mit dem Ortsteil.

Zwei unserer großen innerstädtischen Bezirke, Aschenberg und Fulda-Galerie, haben allerdings noch immer keine Ortsbeiräte. Gerade in Zeiten der Politikverdrossenheit und zunehmender Gefahr der Desinformation nehmen wir uns so die Möglichkeit der positiven Politikvermittlung und die Chance, die BewohnerInnen für ihre Stadtteile zu begeistern.

Knut Heiland
Antragsteller*in

i.V. Silvia Brünnel
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
der Stadtfraktion Fulda

188

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 18. Juni 2024

L. Re.



Stadtfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda | stadtfraktionfd@gruene-fulda.de | 0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1

Fulda, 18.06.2024

36037 Fulda

Antrag Überarbeitung „Fulda informiert – der Jüdische Friedhof“

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt eine Aktualisierung bzw. Neuherausgabe von „Fulda Informiert – Der jüdische Friedhof“. Das Heft aus der Reihe „Dokumentationen zur Stadtgeschichte“ trägt die No. 2, ist also eines der ältesten der Reihe – und in die Jahre gekommen.

Begründung:

In Sachen jüdische Kultur, Gedenkort und jüdisches Leben hat sich viel Gutes in Fulda getan. Gerade erst ist eine aufwendige Dokumentation zur ehemaligen Rabbiner-Villa erschienen. Ein weiterer, für die Juden in Fulda wichtiger Ort ist der neue jüdische Friedhof in der Heidelsteinstr. 25. Die vorliegende Dokumentation aus dem Jahr 1980 ist dringend aktualisierungsbedürftig – zumal auch das Interesse an diesem Friedhof als Kulturdenkmal gestiegen ist.

Wir beantragen daher im Rahmen aller Aktivitäten rund um Jüdisches Leben in Fulda eine Neuherausgabe dieses Heftes, das den aktuellen Stand (auch der Forschung) abbildet.

Jutta Hamberger
Antragsteller*in

i.V. Silvia Brünnel
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
der Stadtfraktion Fulda

189

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 18. Juni 2024

M. Grosch

Stadtverordnetenfraktion

**Freie
Demokraten**

Fulda **FDP**

FDP Stadtverordnetenfraktion - Auf der Röd 11 - 36041 Fulda

Stadt Fulda - Büro der Stadtverordnetenvorsteherin
Frau Margarete Hartmann
Schlossstr. 1
36037 Fulda

Antrag

Fulda, 16. Juni 2024

Freie Demokratische Partei
Stadtverordnetenfraktion Fulda
Auf der Röd 11
36041 Fulda

T: 0170 810 3173

michael.grosch@fdp-fulda.de
www.fdp-fulda.de

Michael Grosch
Fraktionsvorsitzender

Sparkasse Fulda
IBAN: DE14 5305 0180
0000 0531 12
BIC: HELADEF1FDS

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die FDP-Stadtverordnetenfraktion beantragt die Untersuchung von Anwendungsfällen für den Einsatz von KI-Assistenz-Systemen zur Unterstützung und Effizienzsteigerung von Verwaltungsprozessen in der Stadt Fulda.

Begründung:

Deutschland ist führend in der KI-Forschung. Künstliche Intelligenzen bergen ein enormes Innovationspotenzial um Verwaltungsprozesse zu automatisieren. Auch auf kommunaler Ebene sollten neue Technologien die Verwaltungsleistungen durch Prozessautomatisierung optimiert werden. Maschinelles Lernen kann dabei genau die Methode sein, um eine gute Verwaltung durch Verfahrensbeschleunigung in eine zukunftsorientierte und leistungsstarke Verwaltung zu transformieren.

Mögliche Einsatzgebiete ergeben sich bspw. bei:

- massenhaften Abgleich von Dokumenten
- Recherche innerhalb geschlossener Themenbereiche, Dokumenten und Akten
- Einsatz von Sprach-, Bild- und Texterkennung, -analyse, Textzusammenfassung
- Auswertung von Statistiken
- Auswertung von Luftbildern (Kartenabgleiche)
- Anomaliedetektion in Antragsdokumenten

- Bearbeitung von Massenverfahren
- Einsatz von textbasierten Dialogsystemen (Chatbots) für Bürgerfragen (Auskunft)
- Analyse und Auswertungen von Stellungnahmen und Einwendungen in Beteiligungsverfahren

Mit freundlichen Grüßen



Michael Grosch
Fraktionsvorsitzender

Berichterstatter:
Helge Mühr

190

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 18. Juni 2024
L. He.

Stadtverordnetenfraktion
**Freie
Demokraten**
Fulda **FDP**

FDP Stadtverordnetenfraktion - Auf der Röd 11 - 36041 Fulda

Stadt Fulda - Büro der Stadtverordnetenvorsteherin
Frau Margarete Hartmann
Schlossstr. 1
36037 Fulda

Berichts Antrag

Fulda, 16. Juni 2024

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

Freie Demokratische Partei
Stadtverordnetenfraktion Fulda
Auf der Röd 11
36041 Fulda

T: 0170 810 3173

michael.grosch@fdp-fulda.de
www.fdp-fulda.de

Michael Grosch
Fraktionsvorsitzender

Sparkasse Fulda
IBAN: DE14 5305 0180
0000 0531 12
BIC: HELADEF1FDS

die FDP-Stadtverordnetenfraktion beantragt, der Magistrat soll berichten, wie das dichte Netz der Fuldaer Straßenbeleuchtung dazu genutzt werden kann, Sensorik zur Erfassung unterschiedlicher Daten zu installieren und welche Anwendungsfälle sich daraus ergeben.

Begründung:

Vor dem Hintergrund einer möglichen Beteiligung der Stadt Fulda an dem Förderprogramm „HessenEnergie“ soll über Anwendungsfälle (z.B. Wetter, Klima, Verkehr, Energieverbrauch usw.) und deren Nutzen berichtet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Grosch
Michael Grosch
Fraktionsvorsitzender

Berichterstatter:
Helge Mühr



176

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 28. Mai 2024

G. K.

Der Magistrat der Stadt Fulda · Postfach 20 52 · 36010 Fulda

FULDA
UNSERE STADT

STADT FULDA
AUSLÄNDERBEIRAT

Abteilung: Ausländerbeirat der Stadt Fulda
Geschäftsstelle des Ausländer-
beirats
Telefon: 0661 102-1909
Telefax: 0661 102-2196
E-Mail: Elena.Martou@fulda.de
Unser Zeichen: 51
Gebäude: Behördenhaus am Schlossgarten
Heinrich-von-Bibra-Platz 5-9
(Eingang Kurfürstenstraße)

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36037 Fulda

Fulda, den 24.05.2024

Erneuter Antrag auf Rederecht in den Sitzungen

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

der Ausländerbeirat der Stadt Fulda beantragt erneut, dass der Vertreter/die Vertreterin des Ausländerbeirats in der Stadtverordnetenversammlung Rederecht erhält. Es kann auch beschlossen werden, dem Vertreter des Ausländerbeirat ein Rederecht in den Tagesordnungspunkten zu gewähren, welche die ausländischen Einwohner betreffen. Hierbei soll der Vertreter des Ausländerbeirats mündlich angehört werden und die Möglichkeit erhalten, sich an den Diskussionen beteiligen zu dürfen. Im Sinne der politischen Partizipation muss einem Vertreter des Ausländerbeirates die Gelegenheit gegeben werden, die Stellungnahme des Ausländerbeirats vorzutragen.

Bisher:

Dem Ausländerbeirat ist es in der SVV lediglich gestattet, schriftliche Anträge einzureichen. Nach Einreichung der schriftlichen Anträge ist es dem AB während der Sitzung nicht möglich, sich weiter zum Antrag, den Gründen und Zusammenhängen zu äußern oder anderweitig

mündlich an der Debatte zu partizipieren. Daher erfolgt heute der Antrag auf Rederecht in den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung.

Begründung:

1. Einige Anträge wurden in der SVV behandelt, während der Ausländerbeirat selbst anwesend war. Die Möglichkeit sich zu den Anträgen zu äußern, bestand allerdings nicht. In der Vergangenheit kam es des Öfteren dazu, dass Anträge abgelehnt wurden, ohne dass der Ausländerbeirat sich weiter zum Antrag äußern konnte oder Erklärungen und Argumente einbringen durfte, die die Abgeordneten überzeugen könnten.

2. In der Debatte der SVV kann die Sinnhaftigkeit und der Zweck des Antrags besser erklärt und nachvollziehbar dargestellt werden. Im Diskurs kann den Mitgliedern die Begründung des Antrags nähergebracht werden. Außerdem ist die Aufklärung seitens des Ausländerbeirats ein wichtiger Punkt im Integrationsgeschehen, da der Ausländerbeirat als Bindeglied der einheimischen und ausländischen Gesellschaft agiert.

3. Dem Ausländerbeirat soll Rederecht während der SVV gewährt werden, da Integration sowohl gesellschaftliche, als auch politische Teilhabe benötigt. Ein Grundpfeiler unseres demokratischen Gesellschaftssystems ist die politische Partizipation. In der Demokratie soll durch die Gleichberechtigung und den Einbezug von Minderheiten eine gesellschaftliche Ausgrenzung verhindert werden. Da der Ausländerbeirat stellvertretend für die ausländischen Bürger spricht, ist es daher legitim, den Ausländerbeirat mit einzubeziehen, während über deren Belange und Anliegen diskutiert wird. Die Teilhabe im politischen Leben soll daher aktiv von den Abgeordneten unterstützt und gefördert werden.

4. Der Ausländerbeirat verfügt bereits über ein Antragsrecht, welches ein Rederecht voraussetzt. Die Anträge müssen vom Ausländerbeirat eingebracht und diskutiert werden können. Und auch generell kann eine politische Partizipation nur durch mitdiskutieren in Parlamenten und deren Ausschüssen realisiert werden.

5. Die vorherige Ablehnung unseres ersten Antrags auf Rederecht in der Stadtverordnetenversammlung aus dem Jahr 2022 können wir nicht nachvollziehen, da der Ausländerbeirat in anderen hessischen Städten, wie beispielsweise Kassel, volles Rederecht in der Stadtverordnetenversammlung genießt. Die Fraktionen besitzen zwar, wie der Ausländerbeirat, ebenfalls Rederecht in den Ausschüssen, jedoch haben diese im Gegensatz zum Ausländerbeirat auch die Möglichkeit ihre Anliegen in der Stadtverordnetenversammlung nochmals zur Diskussion zu stellen und näher zu erläutern. Wir haben diese Möglichkeit bis jetzt nicht.

Der Ausländerbeirat bittet die Stadtverordnetenvorsteherin den Antrag bzw. Vorschlag an die Fraktionen weiterzuleiten und in der Stadtverordnetenversammlung zu behandeln, damit die Verantwortlichen sich mit dem Thema befassen und aktiv werden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Abdulkерim Demir', with a large, stylized flourish extending to the right.

Abdulkерim Demir

Vorsitzender des Ausländerbeirates Fulda



177

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 28. Mai 2024

G. K.

Der Magistrat der Stadt Fulda · Postfach 20 52 · 36010 Fulda

FULDA
UNSERE STADT

STADT FULDA
AUSLÄNDERBEIRAT

Abteilung: Ausländerbeirat der Stadt Fulda
Geschäftsstelle des Ausländer-
beirats
Telefon: 0661 102-1909
Telefax: 0661 102-2196
E-Mail: Elena.Martou@fulda.de
Unser Zeichen: 51
Gebäude: Behördenhaus am Schlossgarten
Heinrich-von-Bibra-Platz 5-9
(Eingang Kurfürstenstraße)

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36037 Fulda

Fulda, 24.05.2024

Antrag auf Benennung einer neugebauten Straße nach einem Anschlagsoffer von Hanau

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

der Ausländerbeirat der Stadt Fulda beantragt, dass eine Straße, welche im Stadtgebiet Fulda neugebaut wird, den Namen eines der Opfer des rassistisch-motivierten Terroranschlags von Hanau tragen soll. Dieser Anschlag hat ganz Deutschland erschüttert und dem Fremdenhass eine völlig neue, erschreckende Dimension verliehen. Bei der Namensgebung könnte man sich beispielsweise an Gökhan Gültekin, Vili Viorel Paun oder Ferhat Unvar orientieren, jedoch ist selbstverständlich auch

eine Auswahl per Losverfahren unter allen Opfern des Anschlags vorstellbar. Diese sind, neben den unten genannten, Hamza Kurtovic, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Kaloyan Velkov, Fatih Saracoglu und Sedat Gürbüz.

Begründung der Beispiele:

Gökhan Gültekin wurde als Sohn türkeistämmiger Eltern in Hanau geboren. Er war gelernter Maurer und hatte kurz vor der Tat ein Speditions- und Hausmeisterunternehmen gegründet und nur noch aushilfsweise in der Arena Bar gearbeitet.

Gültekin war bereits im Jahr 2006 einmal lebensgefährlich verletzt worden, als ein Linienbus eine Telefonzelle überfuhr, in der er sich aufgehalten hatte. Die Tatsache, dass er den Unfall damals überlebte, sah er als ein Geschenk Gottes. Er starb mit 37 Jahren und nur kurze Zeit später erlag sein Vater einem Krebsleiden.

Vili Viorel Paun war Angehöriger der rumänischen Volksgruppe der Roma und kam im Jahr 2013 als 16-Jähriger nach Deutschland, mit dem Ziel Geld für eine medizinische Behandlung seiner Mutter zu verdienen. Zum Zeitpunkt der Tat arbeitete er als Kurierfahrer und war Zeuge der Schüsse am ersten Tatort. Nach dem Versuch den Täter mit seinem Pkw an der Flucht zu hindern, folgte er ihm mit seinem Auto. Währenddessen rief er mehrmals den Polizeinotruf an, erreichte jedoch niemanden. Nach der Verfolgung des Täters erschoss dieser Paun in seinem Pkw. Als Zeichen für Zivilcourage wurde an der Stelle, an der Paun mit nur 22 Jahren starb, ein Kreuz errichtet. Am 19. April 2021 erhielt er posthum die Hessische Medaille für Zivilcourage.

Ferhat Unvar wurde als Kind türkeistämmiger Eltern in Deutschland geboren und hatte drei Geschwister. Er hatte gerade eine Ausbildung zum Gas- und Wasser-Installateur abgeschlossen. Seine Mutter Serpil Temiz Unvar, der in Folge der Tat auch vom Vater des Täters nachgestellt wurde, gründete am 14. November 2020, seinem 24. Geburtstag, die „Bildungsinitiative Ferhat Unvar“.

Deshalb soll die Stadt Fulda durch die Namensgebung einer neuen Straße ein Zeichen für Zivilcourage und Weltoffenheit sowie für Toleranz und das Aufrechterhalten der Erinnerung an diese schreckliche Tat setzen. Darüber hinaus wäre dies ein Alleinstellungsmerkmal der Stadt Fulda, da bislang noch keine andere deutsche Stadt diesen Schritt gemacht hat.

Der Ausländerbeirat bittet die Stadtverordnetenvorsteherin den Antrag bzw. Vorschlag an die Fraktionen weiterzuleiten und in der Stadtverordnetenversammlung zu behandeln, damit die Verantwortlichen sich mit dem Thema befassen und aktiv werden.

Mit freundlichen Grüßen



Abdulkarim Demir

Vorsitzender des Ausländerbeirates Fulda